

KURZ NOTIERT

Mehr Fehlzeiten wegen psychischer Krankheiten

DÜSSELDORF Die Fehlzeiten von Beschäftigten wegen psychischer Erkrankungen sind in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zehn Jahren um 34 Prozent gestiegen. Das teilte die Krankenkasse DAK-Gesundheit in Düsseldorf nach einer Auswertung in ihrem Gesundheitsreport 2022 mit. Psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Ängste sind demnach die zweithäufigste Ursache für eine Krankschreibung. Seelische Erkrankungen könnten auch körperliche Folgen haben, betonte die Kasse. Für die Studie wurden die Daten von rund 430.000 erwerbstätigen Versicherten der Kasse untersucht. Zusätzlich befragte das Forsa-Institut mehr als 1000 Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen. Demnach lebt fast ein Fünftel der Befragten mit einem psychischen Risikofaktor für eine Herz-Kreislauf-Erkrankung. Der Gesundheitsreport zeige, dass die Rolle von Stress und psychischen Erkrankungen als Risiko für Herzinfarkte oft unterschätzt werde, erklärte Klaus Overdiek, Chef der DAK-Gesundheit in NRW. „Zwischen Psyche und Herz gibt es eine auffällige Wechselwirkung.“ (Inw)

Großbrand in Lagerhalle nach 16 Stunden gelöscht

Haan Mehr als 180 Feuerwehrleute haben am Donnerstag in Haan bei Düsseldorf den Großbrand einer Lagerhalle bekämpft – rund 16 Stunden lang. Das Feuer sei um 3.10 Uhr gemeldet worden und schon bei Eintreffen deutlich zu erkennen gewesen, teilte die Stadt Haan mit. In der brennenden Halle gelagerte Material wie Kunststoffgranulat und Lacke hätten für eine weithin sichtbare Rauchwolke gesorgt. Die Halle sei einsturzgefährdet, der Einsatz schwierig. Verletzt wurde laut Feuerwehr niemand. Eine besondere Gefahr bestehe nicht. Bei umfangreichen Luftmessungen seien keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt worden. Nach über 16 Stunden Einsatzdauer sei das Feuer gelöscht gewesen, hieß es am Abend. Die Polizei hat die Ermittlungen zur Brandursache aufgenommen. Die Feuerwehr erhielt aus mehreren Nachbarstädten Unterstützung. (Inw)

Ermittler üben sich in Selbstkritik

Die Polizei stellt mit Blick auf Geldautomatensprengungen ihr Verhalten infrage. Prävention steht nun im Fokus.

VON CLAUDIA SCHWEDA

DÜSSELDORF Immer mehr Geldautomaten werden gesprengt. In diesem Jahr schon 103 Mal in NRW (Stand 30. 6.). Es fehlt nur noch eine Sprengung bis zur Zahl der Fälle im ganzen Vor-Corona-Jahr 2019. Und in der Mehrheit der Fälle verlassen die Täter – anders als in früheren Jahren – den Tatort mit Beute. Wir laufen auf ein unrühmliches Rekordjahr bei dieser Straftat zu.

Der Chefermittler in dieser Sache beim Landeskriminalamt (LKA) versucht es gar nicht erst mit Ausflüchten: „Wir haben einen hohen Verfolgungsdruck aufgebaut“, sagt Achim Schmitz, „wir hatten mit mehr als 160 Festnahmen in den vergangenen Jahren signifikante Erfolge, aber wir müssen uns mit dem Fakt auseinandersetzen, dass das offensichtlich nicht gereicht hat.“ Dass diese Entwicklung das Sicherheitsgefühl insbesondere der Menschen beeinträchtigt, die über einem solchen Automaten wohnen, kann der LKA-Abteilungsleiter für Organisierte Kriminalität gut verstehen: „Das würde mir genauso gehen.“

Selbstkritisch stellen die Ermittler deswegen nun ihr eigenes taktisches Verhalten infrage. Eine fünfköpfige Soko im Innenministerium analysiert seit drei Monaten, was bei Ermittlung, Fahndung und Prävention besser werden kann. Ergebnis: „Unser Fokus muss noch viel stärker auf die Verhinderung der Tat gelegt werden“, sagt Schmitz. Die Polizei bestreift nun verstärkt Risikostandorte und verdächtige Fahrzeuge werden kontrolliert. Dass das in den Ohren von Menschen in Gegenden wie



Der Screenshot eines Videos aus dem Innenministerium zeigt das hochexplosive Vorgehen der Geldautomatensprenger.

FOTO: INNENMINISTERIUM

der Nordeifel wie Hohn klingt, wo nachts ein Streifenwagen aus Stolberg einen riesigen Bezirk abdecken muss und zuletzt vier Automaten in kurzer Zeit gesprengt wurden, lässt Schmitz nicht gelten. „Nur weil man nicht mehr Streifenwagen in dem Bereich sieht, heißt das nicht, dass es dort keine polizeiliche Präsenz mehr gibt.“ Es gebe auch andere Möglichkeiten zur Kontrolle von Problembereichen. In einigen Kreispolizeibehörden, in denen Serien durch eine Tätergruppe erkannt wurden, sind laut LKA-Chefermittler eigene Ermittlungskommissionen eingesetzt worden.

Angesichts dessen, dass sich jede fünfte Tat in diesem Jahr im Raum Aachen, Düren und Heinsberg ereignet hat, wäre es naheliegend, dass auch in einer dieser Kreispolizeibehörden eine solche Kommission ermittelt. Dazu aber äußert sich das LKA nicht.

Die Tatortarbeit wird inzwischen wie bei einem Mord bei den Polizeibehörden konzentriert, die eine Kriminaltechnische Untersuchungs-

stelle haben. „Die Qualität der Spurensicherung muss so sein, dass uns nichts durch die Lappen geht“, sagt Schmitz. Für Menschen, die irgendetwas Auffälliges beobachten oder gar Zeuge einer Tat werden und der Polizei Bild- oder Videomaterial zur Verfügung stellen möchten, wurde eigens ein Hinweisportal im Internet unter nrw.hinweisportal.de freigeschaltet.

Einsatz soll massiv verstärkt werden

Der polizeiliche Einsatz im Kampf gegen die Sprenger soll massiv verstärkt werden. Aktuell wird intern aber offenbar noch darum gerungen, auf welche Schultern diese Arbeit im ganzen Land verteilt werden kann. Schmitz jedenfalls sagt: „Das ist eine Aufgabe, die wir nicht nur im Bereich der Strafverfolgung bei den Kreispolizeibehörden sehen.“

Die Polizei will einen maximalen Verfolgungs- und Erkennungsdruck aufbauen. Doch sie ist auf die Hilfe der Geldinstitute angewiesen, um die Gelegenheiten zur Tat zu re-

duzieren oder zu erschweren. „Wir werden dieses Problem nur gemeinsam lösen können“, sagt der LKA-Chefermittler. Aktuell wird eine Risikoanalyse für alle rund 11.000 Geldautomaten in NRW erstellt. Danach wird mit den Banken und Sparkassen über die Zukunft jedes einzelnen gesprochen.

Er sieht die Zwickmühle, in der die Geldinstitute in NRW stecken, weil 18 Millionen Menschen mit Bargeld versorgt werden müssen und auf dem Land ein Automat auch für viele andere Dienstleistungen genutzt wird. Und er weiß, dass die Banken bereits einzelne Automaten abgebaut und in die Sicherheit der anderen investiert haben. Aber er sagt auch, dass es noch Luft nach oben gibt. Damit meint er nicht nur Maßnahmen, die den Automaten selbst standfester machen. Er meint auch Verklebe- und Verfärbetechniken des Geldes, Nebelanlagen, Alarmsysteme, Videoüberwachung, einen erschwerten Zutritt zum Eingangsbereich, einen stabilen Bau fernab der Wohnbebauung auf Parkplätzen

von Einkaufszentren oder einen „Nachtschluss“, bei dem kein Geld im Automaten bleibt.

Schmitz nimmt vor allem die Zahl der Automaten generell ins Visier: „Mit 11.000 Geldautomaten ist die Tatgelegenheitsstruktur in NRW einfach sehr hoch. Wir müssen im Ergebnis erreichen, dass Risiko, Aufwand und Nutzen für die Täter nicht mehr in einem lohnenswerten Verhältnis stehen.“ Die Täter gehen nach LKA-Erkenntnissen extrem professionell und analytisch vor. Sie prüfen ihr Tatverhalten, ihr Fluchtverhalten, den Erfolg und stellen sich in kürzester Zeit extrem flexibel darauf ein.

Vor langen Fluchtfahrten jedenfalls schrecken die Täter offensichtlich nicht zurück. Zusehends treten sie auch in Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen in Erscheinung. Auch Bayern und Baden-Württemberg melden inzwischen Geldautomatensprengungen. Jüngst wurde die erste Tat in der Schweiz aktenkundig. Ein Rückzug sieht anders aus.



Chefermittler des LKA in Sachen Geldautomatensprengung: Achim Schmitz. FOTO: BERNHARD FELKER

In den Testzentren herrscht „das totale Chaos“

Ab sofort kosten die Bürgertests drei Euro. Für manche aber auch zehn. Andere sind von den Kosten befreit. Hüben wie drüben: Wenig Verständnis.

VON OLIVER SCHMETZ

AACHEN Vor dem Rapidcare-Testzentrum am Waldfriedhof in Aachen hielt am Freitagmorgen ein Bus mit einer Gruppe von Jugendlichen auf Ferienfahrt. Bisher hätten sie alle kostenlos getestet werden können. Doch seit dem 30. Juni sind mit Inkrafttreten einer neuen Coronavirus-Testverordnung die kostenlosen Bürgertests für alle Vergangenheit. Und das wirft in der konkreten Gegenwart am diesem Freitagmorgen einen Haufen Fragen auf.

Fragen über Fragen

Zum Beispiel, was diesen Bus voller Jugendlicher angeht. Gehören sie zu den vulnerablen Gruppen, die auch weiterhin keinen Cent für einen Test zahlen müssen? Wohl kaum, schließlich handelte es sich weder um Kinder unter fünf Jahren oder um Schwangere, noch wollten die Jugendlichen jemanden in Kliniken, Seniorenheimen oder Behinderteneinrichtungen besuchen. Mussten sie also drei Euro pro Test berappen? Auch nicht, denn sie wollten keine Veranstaltung in Innenräumen besuchen, planten keine Besuche bei Risikopersonen und ihre Corona-Warnapps hatten – sofern überhaupt vorhanden – auch nicht rot angeschlagen.

Also was dann? „Ich hätte jedem Jugendlichen zehn Euro für einen Test abknöpfen müssen“.

sagt Ines Schöning, die Geschäftsführerin von Rapidcare. „Das ist doch Wahnsinn.“ Schöning testete die Jugendlichen auf Kosten ihres Unternehmens und schickte sie sorgenfrei in den Urlaub. Für die neue Coronavirus-Testverordnung hat sie wenig Verständnis. „Zuletzt hatte sich hier alles wunderbar eingespielt, jetzt stehen die Leute wie der Ochs vorm Berg“, sagt sie. „Das macht doch keinen Sinn.“

Wie der Ochs vorm Berg stehen aber teils auch die Betreiber, weil sie mit Fragen konfrontiert werden, die von der Verordnung und den zusätzlichen Informationen des Bundesgesundheitsministeriums nicht beantwortet werden. Auch in den sechs Testzentren des Deutschen

Roten Kreuzes (DRK) in der Städteregion in Aachen, Alsdorf, Alsdorf-Hoengen, Roetgen, Simmerath und Würselen ploppen solche Fragen an diesem Freitag auf.

Gehören beispielsweise Diabetiker zu den vulnerablen Gruppen und haben Anrecht auf einen kostenlosen Test? Und was ist mit den Geflüchteten? „Dazu habe ich überhaupt nichts gefunden“, sagt DRK-Pressereferent Maximilian Hüpen. „Undurchsichtig“ sei die neue Regelung und „führt in der Realität zu mehr Verwirrung“, fügt er hinzu. Die Lage in den Testzentren sei „ziemlich schwierig“.

Die neue Verordnung war am Mittwochabend veröffentlicht worden und sollte schon am nächsten

Tag umgesetzt werden. „Das ist praktisch nicht zu leisten“, sagt Hüpen, auch wenn man sich beim DRK alle Mühe gegeben habe. So rief man zum Beispiel am Donnerstagabend alle Mitarbeiter kurzfristig zu einem Schulungsmeeting zusammen.

Allerdings mussten auch überall Bezahl-systeme installiert und ganz nebenbei die eigene Homepage angepasst werden. „Das wird noch nicht an allen Standorten funktionieren, aber wie soll das innerhalb von einer Nacht auch gehen?“, fragt der DRK-Sprecher.

Und dann komme noch die Dokumentation aller Tests hinzu, die von den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) überprüft werden soll. Wobei sich an diesem Freitag auch der Bundesverband der Ärztevertreter kritisch zur neuen Verordnung äußert und sich kurzerhand außerstande erklärt, die Nachweise für die Berechtigung zu kostenlosen Tests zu überprüfen.

Teils verhält es sich mit diesen Nachweisen in der Tat kurios. So kann man sich auf der Webseite des Ministeriums ein Formblatt herunterladen für den Fall, das man zum Beispiel die Oma im Pflegeheim besuchen möchte, was zu einem kostenlosen Test berechtigen würde.

Den Besuchswunsch soll man sich dann vom Pflegeheim schriftlich bestätigen lassen und diese Bestätigung dann im Testzentrum vorlegen – bevor man dann die Oma besucht.

Ines Schöning hat für solche bürokratischen Ideen nur ein Kopfschütteln übrig. Ihre Sorge ist ohnehin bereits eine ganz andere. Und sie kann sie mit Zahlen untermauern. Gerade einmal 60 Leute waren bis mittags im Testzentrum am Aachener Waldfriedhof und haben sich auf das Coronavirus testen lassen. Als die Tests noch kostenlos waren, seien es im gleichen Zeitraum knapp 200 gewesen. „Wir haben

steigende Inzidenzen“, sagt sie. „Das ist doch total kontraproduktiv.“ Und würde in letzter Konsequenz dazu führen, dass Rapidcare das Testangebot nicht mehr aufrechterhalten könne.

Auch Maximilian Hüpen vom DRK sagt, dass an diesem Freitag „deutlich weniger Leute zum Testen gekommen sind“. Man werde versuchen, das Angebot aufrechtzuerhalten, solange das kostendeckend möglich sei. Wie lange das geht, dürfte fraglich sein. Denn Hüpens Fazit am ersten Tag der neuen Coronavirus-Testverordnung lautet: „Insgesamt sorgt die neue Verordnung für einen ganzen Haufen weiteren bürokratischen und administrativen Aufwand, und das bei einer Verringerung der abrechnungsfähigen Testkosten.“



Für Schnelltests müssen viele jetzt zahlen: Die neue Corona-Testverordnung sorgte in vielen Testzentren in der Region am Freitag für Verwirrung. FOTO: DPA

GRATIS, DREI EURO ODER MEHR

Wann kostet der Corona-Test - und wie viel?

Gratis sind die sogenannten Bürgertests nur noch für bestimmte Risikogruppen: Kinder bis fünf Jahre, Frauen zu Beginn der Schwangerschaft, Besucher von Kliniken und Pflegeheimen, Haushaltsangehörige von Infizierten.

Drei Euro Eigenbeteiligung pro Test werden in der Regel zum Beispiel vor Konzertbesuchen

in Innenräumen, vor größeren Familienfesten oder Besuchen bei älteren Menschen oder nach Risikokontakten bei einer Warnung auf der Corona-App fällig.

Wer keinen der geltenden Gründe für einen Gratis- oder Drei-Euro-Test hat, aber getestet werden will, muss die Kosten komplett selbst tragen. Sofern es das Testzentrum anbietet. Alle Informationen des Gesundheitsministeriums dazu online per Kurzlink: bit.ly/3uhw9ld (dpa/red)